

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Preis: monatlich 2.00 M., vierteljährlich 5.00 M., durch die Post 4.70 bzw. 14.10 M. Bestellgeld wird besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf. Im Falle höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Verzögerung hat der Verlag keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung der Gebühren.

Amliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolaistraße 11. Fernruf Nr. 1915 und 1916. — Anzeigenpreis: Die 34 mm breite Zeile 60 Pf., die 22 mm breite Reklamezeile 2.-M.; außerhalb: 75 bzw. 4.-M., Ausland 2.- bzw. 6.-M. Rabat 11. Tarif. Sonderbeilagen 15 M pro 1000.

Nummer 568

Samstag, 4. Dezember 1920.

74. Jahrgang

Die Botschafterbesuche in Berlin.

Von außenpolitischer Seite erfährt unser Berliner Vertreter: Die Anwesenheit der deutschen Botschafter in London, Paris und Rom in Berlin ist rein zufällig auf die gegenwärtigen Tage zusammengefallen. Es ist also nicht richtig, wenn gerüchtweise verlautet, daß die innere und äußere Krise die vorübergehende Heimberufung der drei Botschafter notwendig gemacht habe. Der deutsche Botschafter in London weiß allerdings in einer sehr wichtigen politischen Mission in Berlin, während der deutsche Botschafter in Paris lediglich zur Berichterstattung nach Berlin gekommen ist und der deutsche Botschafter in Rom ebenfalls nur zu seiner Rechtfertigung in der deutsch-italienischen Frage hierher berufen worden ist. Es trifft aber nicht zu, wenn schon fest die Behauptung aufgestellt wird, daß Herr von Berenberg-Göcker von seinem Posten abberufen werden wird. Die Besprechungen mit ihm werden ergeben müssen, ob er auf seinem Posten bleibt oder seine Abberufung erfolgt.

Die Note über Oberschlesien.

Eine Anfrage an die Regierung.
Der Abg. v. Rheinbaben richtete eine Anfrage an die Regierung, in der er um beschleunigte Antwort bittet, ob die Regierung gewillt sei, die Vorschläge der alliierten Regierungen über die obereschlesische Abstammung abzuklären, an dem klaren und unzweideutigen Wortlaut des Artikels 28 des Friedensvertrages festzuhalten und jede andere Abstammung als eine Vergewaltigung und für Deutschland nicht bindend zu erklären.

Ablehnungen aus Oberschlesien.

Rattowitz, 4. Dez. Der Verband heimattreuer Oberschlesier richtete einen von den Kreisleitern des Verbandes in Rattowitz beschlossenen scharfen Protest an den Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten gegen jeden Versuch, den außerhalb der Abstammungsgebiete wohnenden gebürtigen Oberschlesier die volle Auswirkung des Stimmrechts irgendwie zu beschränken. Jeder Schritt in dieser Richtung bedeute ein Zurückweichen vor den polnischen Forderungen und Drohungen, abgesehen von den klaren Bestimmungen des Friedensvertrages, dessen Boden in dieser Angelegenheit nicht um Haarsbreite verlassen werden dürfte.

Die obereschlesischen Blätter lehnen einmütig den Vorschlag ab, die Abstammung der nichteingesessenen Stimmberechtigten nicht im Abstammungsgebiet selbst stattfinden zu lassen. Die deutsche Regierung habe die Pflicht, die Vertragsnote in der gleichen verbindlichen Form, in der sie gehalten ist, abzulehnen.

Der Reichsregierung sind in den letzten Tagen zahlreiche Drahttelegramme von Abstammungsberechtigten aus Oberschlesien und aus vielen Gemeinden des Reichs zugegangen, worin gegen die Vorschläge der Entente, eine Abstimmung der Reichsobereschlesier in Köln stattfinden zu lassen, in der schärfster Weise Einspruch erhoben wird. Es wird übereinstimmend ausgedrückt, daß die Entente-Vorschläge den Verfall des Vertrags zu unseren Ungunsten brechen würden, und es wird gefordert, daß nur die Bestimmungen dieses Vertrages für die Abstimmung maßgebend sein dürfen.

Das Befinden der Kaiserin.

Amsterdam, 3. Dez. Der „Telegraaf“ meldet aus Haus Doorn, das Befinden der vormaligen Kaiserin sei außerordentlich kritisch. Man erwarte jeden Augenblick den Tod. Eine Beseitigung dieser Meldung aus Haus Doorn sei bisher nicht eingetroffen.

Eine Kronprinzendebatte in Holland.

Amsterdam, 3. Dez. Den Blättern zufolge kam es in der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer zu einer kurzen Debatte über die Stellung des vormaligen deutschen Kronprinzen. Das kommunistische Mitglied der Kammer v. Ravenstein, erklärte, die Anwesenheit des Kronprinzen in den Niederlanden würde früher oder später unangenehme Folgen für die niederländische Regierung und die Niederlande haben. In Deutschland sei eine sehr starke reaktionäre monarchistische Bewegung. Er sei davon überzeugt, daß der Kronprinz damit in Verbindung stehe. Minister v. Beerenbrouck erklärte, die Regierung hätte es viel lieber gesehen, wenn die Hohenzollern nicht nach den Niederlanden gekommen wären. Sie sei aber davon überzeugt, daß der vormalige Kronprinz mit der ihm verbleibenden Selbstfreiheit keinen Mißbrauch treiben werde. Beide Richtungen hätten bisher eine korrekte Haltung gezeigt. Wenn in dieser Haltung eine Veränderung eintreten sollte, würde die Regierung ihre Pflicht zu tun wissen. Er sei überzeugt, daß zwischen dem Kronprinzen und einer bestimmten Partei in Deutschland keine Verbindung bestehe. Er sei nicht in der Lage, öffentlich mitzuteilen, welche Maßnahmen die Regierung mit Bezug auf die Kontrolle des vormaligen deutschen Kronprinzen getroffen habe.

Die Streikstimmung bei den Metallarbeitern.

Im Anschluß an das Vorgehen der Metallarbeiter-Organisation in Stuttgart haben bei den einzelnen Bundesverbänden in Süddeutschland und im Reich weitere Verhandlungen der Metallarbeiter über die Möglichkeiten eines Generalstreiks stattgefunden. Die Regelung zum Streik ist bei einem großen Teil der Metallarbeiter sehr groß. In Baden, zum großen Teil auch in Bayern, sind die Metallarbeiter für einen Streik, weil sie eine gütliche Vereinbarung als ein Ding der Unmöglichkeit ansehen. Bei den unabhängigen Arbeitern, die sich nicht für Moskau erklären, ist die Streikstimmung ebenso groß als auch bei den Kommunisten. Die sozialistisch gesinnten Arbeiterführer erklären, die Schlichtungsordnung habe ihnen die Notwendigkeit nahegelegt, nunmehr zur Durchsetzung ihrer Forderungen einen großen allgemeinen Streik ins Werk zu setzen. Ueberhaupt sind die Reichsunabhängigen sowohl als auch ein Teil der Mehrheitssozialisten entschiedenste Gegner des Schlichtungsgebotes, weil allgemein behauptet wird, daß der Einfluß des Unternehmertums stark gewachsen sei, während derjenige der Arbeiterschaft immer mehr ins Schwinden gerate.

Passive Resistenz der Karlsruher Postbeamten.

Wie die Blätter melden, sind die Beamten des Poststadams in Karlsruhe in passive Resistenz eingetreten; sie verlangen die Erhöhung der Teuerungszulage um eine Beihilfe von fünftausend Mark.

Die Krise in Ungarn.

Die gegenwärtige Regierungskrise in Ungarn wird eine entscheidende Wirkung auf die Abnähfrage ausüben. Das gestrige Kabinett Telecki hat in der Abnähfrage den Standpunkt eingenommen, daß diese noch nicht spruchreif sei. Bei der Neubildung der Regierung kann es sich jetzt entweder nur darum handeln, das eine rein republikanische Regierung aus Ruher heraus zu bilden, oder daß eine halbburgfreundliche Regierung in Ungarn eingesetzt wird. Was die erste Möglichkeit anbetrifft, so erscheint sie nahezu aussichtslos, weil die hierfür in Frage kommenden Parteien noch sehr warme Verbindungen nach Deutschland und Oesterreich hin unterhalten, während die Entente besonders die halbburgfreundliche Richtung begünstigt.

Sinn Fein in London.

London, 4. Dez. Einer Neutermeldung zufolge wurde der Plan der irischen Aufständischen, ein Mitglied des Kabinetts zu entführen, durch die Wachsamkeit des englischen Geheimdienstes vereitelt. Die Verschwörer flohen. — Eine vom Geheimdienst vorgenommene Durchsuchung eines Lagerhauses im Mittelpunkte Londons führte zur Entdeckung eines wahren Arsenalis von Revolvern und anderen Waffen.

Keine Gewalt gegen Konstantin.

London, 3. Dez. In der gestrigen Unterhausdebatte verließ Bonar Law unter lauem Beifall die nach Athen gerichtete Note der Alliierten. Er hätte ihnen diese Erklärung besagen dürfen, daß, wenn das griechische Volk sich für den Schritt entscheidet, den Enalod herbeizuführen, Großbritannien und die Alliierten nicht die geringste Absicht haben, eine feindliche Aktion im Sinne einer gewaltsamen Verbindung der griechischen Nation, diesen Schritt anzuführen, in die Wege zu leiten.

Sinnland und Rußland.

Der „auf die Dauer unvermeidliche“ Frieden.
Kopenhagen, 3. Dez. Nach einem Telegramm der „Berlingske Tidende“ aus Helsinki wird der Austausch der finnisch-russischen Friedensdokumente in Moskau stattfinden, wobei sich aus diesem Anlaß ein Teil der finnischen Friedensabordnung begeben wird. Der Austausch wird anfangs nächster Woche stattfinden. „Hufvudsbladet“ bemerkt zu der finnisch-russischen Friedensabklärung, der Frieden sei auf die Dauer unvermeidlich gewesen, da es immerhin notwendig erschienen sei, zu Rußland in normale Beziehungen zu treten.

Argentinien völkerverbündet?

New York, 2. Dez. „Associated Press“ (das stets gut unterrichtete amerikanische Nachrichtenbüro) meldet aus Buenos Aires, daß Argentinien erwäge, sich vom Völkerverbund zurückzuziehen, da es der argentinischen Delegation nicht möglich war, die Zustimmung der Völkerverbundversammlung zu den Vorschlägen Argentinien zu erreichen.

Genf, 3. Dez. Der 5. Ausschuß des Völkerverbundes hat einstimmig den Antrag auf Aufnahme Oesterreichs in den Völkerverbund angenommen.

Gegen die Zulassung Bulgariens erhoben Serbien und Rumänien Einspruch.

Die Regierungsparteien und die Zwangsanleihe.

Von parlamentarischer Seite erfahren wir, daß die zum weitesten arbeits Teil hinter dem Reichsfinanzminister stehende Reichstagsfraktion der Zentrumspartei entschlossen ist, unter allen Umständen das Zwangsanleihe-Projekt durchzuführen. In Kreisen der Deutschen Volkspartei bestehen zwar noch ernstliche Bedenken gegen die Zwangsanleihe, aber neuerdings wird die Frage von der Deutschen Volkspartei nochmals geprüft. Die Demokraten wollen ihre Bedenken gegen die Zwangsanleihe fallen lassen, wenn die anderen Parteien sich darauf festlegen. Der Reichsfinanzminister Dr. Birkh will im Verein mit dem Präsidenten der Reichsbank das Zwangsanleiheprojekt bis in die kleinsten Einzelheiten festlegen, weil der vorher eröffnete Plan tatsächlich noch nicht ganz spruchreif ist. Es ist daher zweifellos verfrüht, wenn in politischen Kreisen schon jetzt gerüchtweise verlautet, daß die Zwangsanleihefrage eine Zustimmung in der Reichsunabhängigen herbeiführen könnte. Nebenfalls dürfte bis zur vollständigen Durchsicht des Planes noch kurze Zeit vergehen, weil nunmehr geplant ist, die bisherige Regierungsvorlage vollständig umzugestalten.

Verbot der Einwanderung nach Nordamerika.

Washington, 3. Dez. (Havas.) Der Vorsitzende des Einwanderungsausschusses des Repräsentantenhauses legte dem Ausschuß einen Gesetzentwurf vor, nach dem die Einwanderung für die nächsten zwei Jahre verboten wird für alle Einwanderer, die nicht durch Bande des Blutes mit einem Amerikaner oder mit einem Ausländer, der in den Vereinigten Staaten anständig ist und die Absicht kundgegeben hat, sich naturalisieren zu lassen, verknüpft sind.

Die „Chicago Tribune“ meldet aus New York: Die Vertreter von sieben transatlantischen Linien übermittelten der Einwanderungskommission in Wallis Kohlenaufrichtungen, aus denen hervorgeht, daß fünfzehn Millionen Europäer um Fahrkarten nach Amerika bitten. Der Einwanderungskommission reiste gestern nach Washington, um sich mit führenden Kongressmitgliedern über die Einwanderungspolitik zu besprechen.

Aus Mexiko.

Mexiko (Stadt), 2. Dez. Um Mitternacht leitete Oregon den Präsidenten. Durch Gesandte waren vertreten Deutschland, Italien, Belgien, Spanien, durch Geschäftsträger England, Frankreich, die Vereinigten Staaten, Japan, China und Schweden. Aus den zentralamerikanischen Staaten waren Sonderabernungen erschienen.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 4. Dezember.

Stadtverordneten-Sitzung.

In Anwesenheit von 42 Stadtverordneten wurde die Erhebung der Gemeindefeuer vom reichssteuerfreien Mindesteinkommen beraten. Nach dem Bericht des Stadtv. Baum, der namens des Finanzausschusses die Annahme der Magistratsvorlage, über die wir das Nähere bereits in unserer gestrigen Ausgabe veröffentlicht haben, empfahl, stellte Stadtv. Witte (Soz.) den Antrag, die Vorlage für die nächste Stadtverordnetenversammlung zurückzustellen, weil die Stadtverordneten über die Steuerordnung nicht stichzeitig und ausreichend unterrichtet seien, um sich heute zu entscheiden.

Der Antrag fand zunächst die Unterstützung der Zentrumsfraktion durch den Stadtv. Greiff, und es schien, daß auch die übrigen Fraktionen dem sozialdemokratischen Antrag sympathisch gegenüberstünden. Nach etwa einstündiger Debatte kam man endlich zur Abstimmung. Der sozialdemokratische Vertagungsantrag wurde gegen die Stimmen der Linken abgelehnt. Auch das Zentrum und die demokratische Partei stimmten gegen die Vertagung. Die Reitere, weil der Vorsitzende die Zulage einer Einberufung der Stadtverordnetenversammlung für nächste Woche erst von dem Ergebnis der Abstimmung abhängig machen wollte. Um den Stadtv. die von den Sozialdemokraten gewünschte Aufklärung über die Steuerpläne des Magistrats und die Besteuerungsmöglichkeiten zu geben, hielt Vizeordner Dr. Bes einen längeren Vortrag, der aber infolge seines Jwed verfehle, als die Sozialdemokraten samt den Unabhängigen nach und nach den Saal verließen, um eine Beschlusunsfähigkeit des Hauses und damit den Fall der Vorlage herbeizuführen.

Die Beratung der Vorlage selbst dauerte nur kurze Zeit. Stadtv. Greiff stellte dazu den Antrag, die Einkommen bis zu 12000 M. unter Beibehaltung des Kinderprivilegs steuerfrei zu lassen. Als zur Abstimmung geschritten werden sollte, wollte der Vorsitzende das Haus schon für beschlußunfähig erklären. Stadtv. Witte, der noch allein von den Sozialdemokraten zurückgeblieben war, bezweifelste ebenfalls die Beschlusfähigkeit. Die Auszählung ergab die Anwesenheit von 31 Stadtverordneten, worauf Stadtv. Witte ebenfalls den Saal verließ. Das sozialdemokratische Magistratsmitglied Dietrich glaubte daraufhin die Beschlusfähigkeit noch

